

Pressemitteilung

„Höhne will bleiben? Aber nur ohne sein Kohlekraftwerk!“

Bündnis fordert offizielles Ende des KMW-Projektes als Voraussetzung für die Vertragsverlängerung des Mainzer Stadtwerkechefs

Mainz / Wiesbaden 21.10.2011: „Diese Nachricht hat bei uns im Vorstand Kopfschütteln und einen gewissen Unglauben ausgelöst.“ berichtet Meinrad v. Engelberg, 2. Vorsitzender des Bündnisses für eine Kohlekraftwerksfreie Region e.V., über die Ankündigung, das noch vor Ende des Jahres der Vertrag des kaufmännischen Vorstands der Stadtwerke Mainz AG, Hanns Detlev Höhne, anscheinend ohne größere Diskussion verlängert werden soll. Engelberg erklärt weiter: „Auch wenn Herr Höhne sich nun demonstrativ um Pumpspeicherkraftwerke bemüht, haben wir nicht vergessen, mit welcher Vehemenz er sich bisher für das Kohlekraftwerksprojekt eingesetzt hat, in dessen Planung seine Stadtwerke als 50%-Miteigentümer der KMW dreistellige Millionenbeträge versenkt haben. Wir erinnern daran, dass dieses von einer breiten Bevölkerungsmehrheit und zuletzt auch von beiden Stadtparlamenten abgelehnte Vorhaben u.a. mit der unwahren Behauptung forciert wurde, 2014 würden in Mainz die Lichter ausgehen, weil es kein Gas mehr gäbe – heute bietet die KMW sogar eines ihrer Gaskraftwerke als ‚Kaltreserve‘ für die ganze Bundesrepublik an! Wer sich schon einmal so fatal und teuer auf Kosten der Steuerzahler ‚geirrt‘ hat, darf nicht einfach diskussionslos im Amt bestätigt werden.“

Marc Legg, 1. Vorsitzender, ergänzt: „Ehe jemand zu schnell ruft: ‚Hört doch auf mit dem alten Zeug‘, empfehle ich einen Blick auf die KMW-Seiten ¹, auf denen bis heute das Kohlekraftwerksprojekt angepriesen und erklärt wird, es sei lediglich durch Geldmangel *„zum Ruhen gebracht“* – de facto, und das wird verschwiegen, ist das Gerichtsverfahren um die Genehmigung immer noch anhängig und lediglich ausgesetzt, kann also jederzeit von der KMW reaktiviert werden.“

Das Bündnis fordert daher seine Mitglieder, u.a. die Fraktionen von CDU, Grüne und ÖDP im Mainzer Stadtrat auf, als Vorbedingung zur anstehenden Vertragsverlängerung des Stadtwerkechefs zunächst die Rückgabe des Vorbescheids für das Kohlekraftwerk durch die KMW, d.h. den offiziellen, bindenden und dauerhaften Verzicht auf das Projekt einzufordern. Ein solcher Beschluss könnte mit dem Vorstand der KMW z.B. vom im Dezember turnusgemäß tagenden Aufsichtsrat beschlossen werden, in dem Grüne und CDU ja ebenfalls vertreten sind. Man darf erwarten, dass die Vertreter des anderen Haupteigentümers, der ESWE, diesen Beschluss mittragen, da die Stadt Wiesbaden wie bekannt ebenfalls zu den Klägern gegen das Kohlekraftwerk gehört.

Legg abschließend: „Wir sind erst dann bereit, Herrn Höhne seine Bekehrung vom „CO₂-Saulus“ zum „voll erneuerbaren“ Paulus zu glauben, wenn er dies durch Taten beweist und die Bürgerinnen und Bürger endlich von dem Alpdruck befreit, man warte bei der KMW nur auf das nötige Kleingeld, um doch noch den weiterhin geplanten Mega-Emittenten zu errichten. Der Wiesbadener Gerichtsentscheid zur Luftreinhaltung hat gerade gezeigt, dass wir uns keine weiteren Schadstoffschleudern in der Region leisten können.“

Fazit: Wenn Höhne bleiben will, muss er zuerst beweisen, dass Stadtwerke und KMW verstanden haben, dass das Kohlezeitalter auch auf der Ingelheimer Aue verwaltungsrechtlich zu Ende ist.“

¹ <http://www.kmw-ag.de/download/company-profile-de-2011.pdf> ,
März 2011, bes. am 19.10.11, Folie 07 als Auszug anbei.